



Die Angst geht wieder um Mit der Gewalt im Nahen Osten nimmt der Antisemitismus in Deutschland zu

Keinen Juden, egal wo er lebt, ob in den USA, England, Frankreich oder Deutschland, lässt der israelisch-palästinensische Konflikt gleichgültig. Nur welche Position soll er beziehen? Soll er sagen, die israelischen Politiker sind unfähig, den Konflikt zu regulieren? Oder soll er die Position vertreten, die Palästinenser hätten alle Chancen für eine friedliche Lösung in der Hand gehabt, aber diese Chancen leichtfertig verspielt? Für jede Position lassen sich triftige Argumente anführen. Wahrscheinlich stimmt es, wie das der Schriftsteller Amos Oz einmal

bemerkt hat, dass es auf beiden Seiten gerechte und ungerechte Positionen gibt und dass Israelis wie Palästinenser sich in einen sinnlosen Krieg verstrickt hätten.

Auffällig ist, dass im vereinten Deutschland heute mitunter so getan wird, als ob der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern nichts mit den Deutschen und der deutschen Geschichte zu tun habe. Kaum jemand kommt auf die Idee, nach den tieferen Gründen und Ursachen des Konfliktes zu fragen. Würde man das

tun, dann käme man sehr schnell zu der Erkenntnis, dass die Gründung des jüdischen Staates 1948 mit dem Antisemitismus und der Shoa ganz ursächlich zusammenhängen und die Europäer, speziell die Deutschen, für diese Entwicklung ein gewisses Maß an Verantwortung tragen.

Ein zunehmend irritierendes Phänomen ist der Sachverhalt, dass in Deutschland zwischen Juden und Israelis kaum mehr Unterschied gemacht wird. Während des alljährlichen Rituals zum Beispiel, bei dem die Namen der 55.696 deportierten Berliner Juden mit Namen ver-

sen werden, forderte kürzlich ein Mann: „Lest doch mal ein paar Palästinenser-Namen vor“. Oder man kann bei Pro-Palästinenser-Demonstrationen Teilnehmer sehen, die israelische Flaggen schwenken, versehen mit darauf geschmierten Hakenkreuzen. Synagogen in Deutschland gelten zunehmend als Auslandsagenturen des Staates Israel und Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen werden mit antizionistischen Parolen besprüht und bepöbele.

Das Klima ist erkennbar frostig geworden. Die Angst geht um, die Auseinandersetzungen

mit Maschinenpistolen, bewachen die Eingänge und kontrollieren jeden, der das Haus betritt. Jeder Besucher wird durchleuchtet und gefilzt. „Verschärfen kann man hier wohl nichts mehr“, beschreiben Mitarbeiter der Jüdischen Gemeinde in Berlin die Kontrollen um ihr Gemeindehaus.

Hypernervöse Reaktionen der Behörden, Festnahmen von Verdächtigen und die Angst, dass es wie in Frankreich zu Anschlägen gegen jüdische Einrichtungen kommen könnte. Nicht wenige der Gemeindeglieder sind

irritiert und fragen sich, ob man unter den gegebenen Umständen überhaupt noch in Deutschland weiter leben könne. Muss mit tätlichen Übergriffen gerechnet werden? Ist die persönliche Sicherheit jüdischer Bürger gesichert?

Die als Gefährdung empfundene Lage wirkt sich so aus, dass Juden, die in den Straßen nicht als solche identifiziert werden wollen, ihren Kopf anstatt mit einer Kippa mit einer Baseball-Mütze oder einer Baseball-Kappe bedecken.

In den Gemeinden diskutiert man, ob Juden sich als Juden in der Öffentlichkeit zu erkennen geben können oder ob sie das besser sein lassen. Die Debatte hat einen geradezu gespenstischen Charakter.

Seit dem erneuten Ausbruch der Gewalt im Nahen Osten ist die Zahl der Drohungen gegen jüdische Gemeinden und ihre Repräsentanten in Deutschland massiv angestiegen. Die Einschüchterungsversuche und anonymen Diffamierungen haben in starkem Maße zugenommen. Wenn Parolen wie „Scharon ist ein Schwein, tötet die Juden!“ an Häuserwände geschmiert



gen im Nahen Osten könnten nach Deutschland verlängert werden. Diese Angst ist in den jüdischen Gemeinden in Deutschland deutlich zu spüren. Wer heute eine Synagoge oder eine jüdische Gemeindeeinrichtung in der Bundesrepublik Deutschland besucht, dem drängt sich der Eindruck auf, als ob nicht ein Krieg bevorsteht, sondern dass man bereits mitten in einem solchen steckt.

Die Sicherheitsmaßnahmen in den jüdischen Gemeindeeinrichtungen sind in letzter Zeit erheblich verstärkt worden. Überall sieht man gepanzerte Einsatzfahrzeuge, Polizisten

werden, empfinden das viele geradezu als einen Aufforderung zum Pogrom. In den jüdischen Gemeinden geht die Angst um, dass der Pöbel das Regiment auf der Straße übernehmen könnte. Bedenkt man, dass der Terror der NS-Zeit noch keine sechzig Jahre her ist, dann sollten diese Ängste ernst genommen werden.

Wie sieht es in Deutschland von heute aus? Haben wir es tatsächlich mit einem „neuen“ Antisemitismus zu tun? Der Verfasser ist der Ansicht, dass es eine Kontinuität des antisemitischen Vorurteils gibt, das überdauert hat, Hitlers „Drittes Reich“ aber auch die Teilung Deutschlands nach 1945. Es ist deshalb problematisch, zwischen „neuem“ und „altem“ Antisemitismus unterscheiden zu wollen. Die Vorurteilsbilder, mit denen wir es zu tun haben, sind heute nicht viel anders als die von gestern.

So kann man den Vorwurf des Gottesmordes noch genauso hören, wie den des Wuchers oder der Preistreiberei – nur mit dem Unterschied, dass heute bestimmte Vorurteilsformulierungen eine andere, eine zeitgemäßere Ausdrucksweise erfahren haben. Aus dem Wucherer wurde der Bankrotteur, aus dem Preistreiber der Spekulant. Gemeint ist mit diesen Bildern immer dasselbe – der Jude als die Personifikation allen Unheils, oder noch etwas präziser, der Jude als die Inkarnation des Bösen.

Die empirischen Untersuchungen der Sozialforscher belegen seit Jahren konstant, dass 15% der bundesdeutschen Bevölkerung offen antisemitisch eingestellt sind und bei weiteren 30 % Antisemitismus in Latenz feststellbar ist. Das Bemerkenswerte an diesen Zahlen sind nicht so sehr die Zahlen also solche, sondern der sich dahinter verbergende Sachverhalt, dass der Antisemitismus ganz offensichtlich nicht mehr real existierender Juden bedarf, um sich zu artikulieren. Ein rechtsradikaler Skinhead, der „Juden raus“ brüllt und Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen mit antisemitischen Parolen beschmiert, kennt meist weder einen Juden, noch weiß er etwas vom Judentum.

Aber zurück zur Gewaltexplosion im Nahen Osten, zurück zu den Auswirkungen des Konflikts auf den Antisemitismus in Deutschland. Heftig wird zur Zeit die Frage diskutiert, ob Deutschland sich im Nahen Osten engagieren soll oder nicht. Die einen sagen, die Belastungen, die sich aus der jüngeren Geschichte ergeben, gebieten es, sich Zurückhaltung aufzuerlegen. Die anderen sagen, Deutschland sei heute vollwertiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, ein geachteter Partner in der europäischen Gemeinschaft, so dass eigentlich nichts dagegen spricht, wenn Deutschland sich im Konflikt zwischen Israel und Palästinensern zu Wort meldet. Eingeräumt wird allerdings, dass Deutschland gut beraten wäre, keine Alleingänge zu machen. Stellungnahmen in diesem Konflikt, so ist zu hören, sollten mit den anderen Staaten der europäischen Gemeinschaft abgestimmt werden.

Die Debatte, ob die Deutschen sich engagieren sollen oder nicht, erfährt freilich ihre besondere Würze durch die Äußerungen mancher bundesdeutscher Politiker und mancher selbsternannter Fachleute. Man staunt, wer sich alles zu Wort meldet und glaubt, mitreden zu müssen. Wenn jemand sich bereits deshalb für einen ausgewiesener Islam-Experten hält, weil er, um es bissig zu formulieren, schon einmal eine Ferienreise in die Türkei gemacht hat, dann wird deutlich, auf welchem Niveau die Debatte in Deutschland gegenwärtig geführt wird.

Jedoch Ironie beiseite. Über ein solches Expertentum, das man allenthalben antrifft, kann man nur den Kopf schütteln. Wenn jedoch deutsche Spitzenpolitiker mehr oder weniger offen Verständnis für die palästinensische Politik (und dazu gehört selbstverständlich auch die Politik der Selbstmordattentate) äußern und Israel im NS-Jargon einen „hemungslosen Vernichtungskrieg“ vorwerfen, dann hat das eine andere Qualität. Das FDP-Flugblatt, das unmittelbar vor der Bundestagswahl im September 2002 an Millionen von Haushalte in Deutschland verteilt wurde, bezog nicht nur eindeutig Position, sondern setzte ganz bewusst auf die Aktivierung der in der Bevölkerung latent vorhandenen antisemitischen Vorurteile.

Die von dem FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann im Frühjahr 2002 aufgestellte Behauptung, die Juden trügen durch ihr Verhalten selbst Schuld am Antisemitismus, ist eine Unterstellung, die von Antisemiten seit jeher gebraucht wird, um Juden zu diffamieren. Äußerungen dieser Art haben, wie wir wissen, nur den einen Zweck, Juden als Juden attackieren. Möllemann wusste das sehr genau, als er die Behauptung aufstellte. Die von ihm unmittelbar vor der Bundestagswahl inszenierte Flugblattaktion hatte einzig und allein den Zweck, antisemitische Stimmungen zu schüren.

Es gibt im Fall Möllemann eine merkwürdige Koinzidenz. Martin Walsers in den letzten Monaten kontrovers in Deutschland diskutierter Roman „Tod des Kritikers“, bietet all das, was das Vorurteilsarsenal an stereotypen jüdenfeindlichen Bildern enthält. Wenn in diesem Roman der Großkritiker als wurzelloser Intellektueller gezeichnet wird, der Vorwurf jüdischen Intrigantentums erhoben und der Leser mit dem sattsam bekannten Bild des geilen und mauschelnden Juden konfrontiert wird, dann haben wir es im Deutschland von heute zweifellos mit der zu der Möllemannschen Stimmungsmanipulation passenden literarischen Orchestrierung zu tun.

Sprache ist verräterisch. Sprache dringt bekanntlich tief in das Bewusstsein und kann die Denkweise einer ganzen Epoche prägen. Die Sprachbilder und Vorstellungen der Nazis haben mit dazu beigetragen, den inneren Widerstand gegen Unrecht und Verbrechen bei Millionen von Menschen zu schwächen. Wer heute antisemitische Begriffe der Nazis benutzt, zu

welchem Zweck auch immer, sollte sich immer bewusst sein, dass er mit leichtfertig gebrauchten Formulierungen einen Prozess in Gang setzt, der unter Umständen außer Kontrolle gerät. Martin Walsers, der als Schriftsteller mit dem Wort von Berufs wegen umgeht, müsste jedenfalls über die Gefährlichkeit solcher Aktionen wissen.

Der deutsche FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle, der zunächst die antisemitischen Ausfälle seines Stellvertreters herunterspielte, erklärte wiederholt, als noch nicht ganz klar war, in welche Richtung sich die Debatte entwickeln würde, es sei nicht korrekt, ja geradezu eine Zumutung, wenn man einen verdienten Demokraten des Antisemitismus bezichtige. Das könne keinesfalls akzeptiert werden. Überrascht reibt man sich die Augen. Hat man richtig gehört? Wird da tatsächlich behauptet ein Demokrat könne kein Antisemit sein? Ein etwas genaueres Studium der deutschen Geschichte würde diejenigen, die das behaupten, eines Besseren belehren. Zu allen Zeiten und in allen demokratischen Parteien – insbesondere in der deutschen FDP samt ihren Vorläuferparteien – hat es Mitglieder und gewählte Volksvertreter gegeben, die sich als Demokraten begriffen, aber aus ihrer jüdenfeindlichen Einstellung kein Hehl gemacht haben. Heute so zu tun, als ob das nicht zuträfe, spricht eigentlich nur von mangelnden historischen Kenntnissen.

Man könnte das alles als Einlassungen eines jungen Parteivorsitzenden werten, der es nicht besser weiß. Aber das ist es nicht. Viel problematischer ist es, dass der FDP-Parteivorsitzende Guido Westerwelle sogar öffentlich bestritt, dass es überhaupt so etwas wie einen signifikanten Antisemitismus in der Bundesrepublik gäbe. Der Hinweis, dass, wie schon ausgeführt, sozialwissenschaftliche Institute seit Jahren von 15–20 % Menschen in der Bevölkerung ausgehen, die ein ausgeprägt antisemitisches Weltbild haben – dieser Hinweis wurde und wird von dem Jung-Politiker mit einer Handbewegung beiseite gewischt.

Politiker wären gut beraten, wenn sie sich bei öffentlichen Stellungnahmen an die Devise des großen deutschen Dichters Matthias Claudius hielten, der bekanntlich einmal bemerkte „Sage nicht immer, was Du weißt, aber wisse immer, was Du sagst“. Viel Ärger könnten sie sich ersparen, wenn sie diese Einsicht beherzigten. Möllemann müssen wir freilich unterstellen, dass er gewusst hat, was er sagte. Hat er es nicht, dann ist es vielleicht sogar noch schlimmer. Wundern darf die politische Klasse der Bundesrepublik sich jedenfalls nicht, dass sie jetzt in Teilen massiv des Antisemitismus verdächtigt wird.

Julius H. Schoeps

„Geschichtsmeile Jägerstraße“: ein Mendelssohn-Ort für Berlin

In Essen gibt es eine Villa Hügel, das haben die Krupps und ihre Stadt wohl verdient. In Lübeck gibt es ein Thomas-Mann-Haus. In Leipzig, wo Felix Mendelssohn Bartholdy

Ausstrahlung, seine Verbindung zu Führungskreisen des preußischen Staates und der Weimarer Republik sowie seine Villen im Grunewald und am Reichstag und seine Schlösser



Die Jägerstraße nach 1820. Stich von F.A. Calau/F.A.Schmidt

gearbeitet hat, gibt es ein Mendelssohn-Haus, mit historischen Ausstellungsräumen und Konzertprogramm. Und in Berlin? Dort kann man sich heute kaum noch vorstellen, dass Philosophen, Wirtschaftsführer, Künstler und Gelehrte der Familie Mendelssohn Deutschlands Kultur- und Wirtschaftsgeschichte im Verlauf von fünf Generationen geprägt haben. Obwohl die Mendelssohns mit ihrer andert-halb Jahrhunderte währenden Präsenz in unterschiedlichen Bereichen der deutschen Gesellschaft einflussreicher waren als beispielsweise (in den Grenzen ihrer Jahrzehnte und Familienprofessionen) die Manns, die Krupps, die Wagners. Berlins Erinnerungslandschaft braucht offenbar einen Mendelssohn-Ort: Dafür hat sich in diesem Sommer die Initiative „Geschichtsmeile Jägerstraße“ zusammengefunden.

Problematisch ist freilich Berlins Beziehung zu den Mendelssohns, denen diese Stadt besonders viel verdankt, oft gewesen. Der Stammvater Moses mußte sich von preußischen Behörden demütigen lassen, sein Enkel Felix floh vor der königlichen Kulturbürokratie. Im „Dritten Reich“ hat dann Sebastian Hensels Bestseller „Die Familie Mendelssohn“ nicht mehr erscheinen dürfen, Gedenktafeln und Büsten wurden entfernt, Kompositionen Mendelssohn Bartholdys waren verboten. Das Bankhaus Mendelssohn wurde liquidiert. Heute verbindet die Öffentlichkeit mit dem Namen Mendelssohn gerade noch den Philosophen Moses und den Komponisten Felix. Mäzenatische und soziale Stiftungen dieses großen Clans, das Spektrum seiner kulturellen

bei Bernau sind fast vergessen. In der Nachkriegszeit gab es Restitutionsverwerfungen und philoantisemitische Verklemmungen genug, um die gesellschaftliche Macht reicher „Juden“ – einer schon seit Generationen getauften Familie! – nicht zum Thema der Erinnerung zu machen.

Seit 1967 erforscht die Mendelssohn-Gesellschaft Berlin die weitverzweigten Wege der Mendelssohns. Das Mendelssohn-Archiv der Staatsbibliothek, in deren Mendelssohn-Raum nur wenige Objekte und Bilder aus fünf Generationen gezeigt werden können, sammelt Dokumente dieser Familiendynastie. Um aber endlich auch öffentlichen Raum in Berlin für dieses Thema zu schaffen,

hat sich nun der Arbeitskreis „Geschichtsmeile Jägerstraße“ konstituiert. In der Jägerstraße am Gendarmenmarkt besaßen die Mendelssohns zu verschiedenen Zeiten fünf Wohn- und Geschäftshäuser. Dort war die Keimzelle des Berliner Bankenviertels, dort expandierte Mendelssohn & Co zur größten Privatbank Berlins. Dort luden die Bankiers der Firma über Generationen zu ihren Gesellschaften. Das älteste (18. Jahrhundert) und das zuletzt (1894) erbaute dieser fünf Häuser sind noch erhalten.

Im Arbeitskreis „Geschichtsmeile Jägerstraße“ treffen sich Vertreter der Jägerstraßen-Anrainer und thematisch interessierter Institutionen: der Evangelischen Akademie zu Berlin, der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der Belgischen Botschaft, des Moses-Mendelssohn-Zentrums, der Gedenktafelkommission Berlin Mitte, der Berliner Ärzteversorgung, des Mendelssohn-Archives und der Mendelssohn-Gesellschaft. Ihr gemeinsames Ziel ist es, dieses Quartier mit der Installation einer Gedenktafel und einer Informationstafel sowie durch Führungen, Vorträge, Konzerte, Diskussionen oder Ausstellungen als lebendigen Berliner Mendelssohn-Ort zu entwickeln, zu bespielen. Ein, trotz allgemeiner Finanznöte, unaufschiebbares Projekt: Während derzeit, im Trend der Historisierung, Konturen und Differenzierungen vieler Erzählungen verschwinden, personalisiert und konkretisiert gerade die Familie Mendelssohn



den Glanz wie auch die Schatten und Zerreißproben der so genannten deutsch-jüdischen Symbiose. Erinnerungs-Topographie auf ihren Berliner Spuren heißt: Wir treten ein in die Geschichte, aus der wir kommen.

Thomas Lackmann

Gedenktafel-Spenden und Kontakt über das MMZ: kotowski@rz.uni-potsdam.de oder schloer@rz.uni-potsdam.de.

Das Siegel stellt das Emblem der Mendelssohn-Bank dar.



Foto: T. Barniske

Die diesjährige Jahrestagung der „Gesellschaft für Geistesgeschichte“, die vom 31. Oktober bis zum 2. November im Alten Rathaus von Potsdam stattfand, stand unter dem aktuellen Thema „Der Orient im Okzident. Sichtweisen und Beeinflussungen“. Die dreitägige Konferenz stellte in den Mittelpunkt der Betrachtungen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Islam und Christentum und zeigte künftige Möglichkeiten und Chancen des Dialogs zwischen den beiden Religionen auf.

Museum in der Mikwe

Es ist das letzte Foto, das Lillyan Rosenberg, geborene Cohn, von ihren Eltern besitzt. Zusammen mit Sohn Werner haben sich Ernst und Margarethe Cohn auf dem Bahnhof von Halberstadt eingefunden, um die 11-Jährige zu verabschieden. Gefasst gucken die vier in die Kamera. Niemand lächelt, niemand winkt. Man schreibt Juli 1939.

Lillyan ist auf dem Weg nach England. Auch den vier Jahre älteren Werner können die Eltern noch mit einem der Kindertransporte auf die Insel in Sicherheit bringen. Sie selbst finden keinen Zufluchtsort mehr und werden 1942 von den Nazis nach Polen deportiert und ermordet.

Das Abschiedsbild der Cohns hängt heute im Jüdischen Museum von Halberstadt. Lillyan Rosenberg hat es dem Museum ihrer Geburtsstadt zusammen mit anderen Familienfotos zur Verfügung gestellt. Demnächst könnten die Erinnerungsstücke der New Yorkerin auf peinliche Art retour gehen: Dem Jüdischen Museum und der dazugehörigen Moses Mendelssohn Akademie drohen die Schließung. Weder die Stadt noch das Land Sachsen-Anhalt wollen die fixen Kosten für die Einrichtungen – etwa 200.000 Euro jährlich – übernehmen.

Geschäftsführerin Jutta Dick und eine weitere Mitarbeiterin sind schon gekündigt worden. Damit könnte ein Projekt scheitern, das weit mehr ist als eine Gedenkstätte für eine von den Nazis zerstörte jüdische Gemeinde. In Halberstadt wird auch ein außerhalb der historischen Fachwelt weithin unbekanntes Kapitel der Geschichte des Absolutismus und der preußischen Toleranzpolitik eindrucksvoll dokumentiert – personifiziert vor allem durch den Finanzberater und Hofjuden Berend Lehmann, dessen diplomatischem und finanziellem Geschick es der sächsische Kurfürst August der Starke zu verdanken hatte, dass er den polnischen Thron besteigen konnte.

Lehmann, nach dem das Museum auch benannt ist, wurde 1661 in Halberstadt geboren. In der Ortschaft am Harz genossen die Juden seit dem 13. Jahrhundert Siedlungsrecht, vor allem weil Bischöfe, Stadtväter und Kurfürsten ihre klammen Kassen gerne mit dem Verkauf von Schutzbriefen und immer neuen Sondersteuern für die jüdischen Bewohner aufbesserten. Im Museum wird das mit dem kurfürstlichen „Generalgeleit“ für die Halberstädter Juden dokumentiert.

Sicher ist das Leben der jüdischen Bewohner der Domstadt dennoch nicht. Immer wieder werden sie vertrieben. Behrend Lehmann ist acht Jahre alt, als wieder einmal die Synagoge von den Ständen der Stadt zerstört wird. Stolz prägen die Vandalen das Datum ihrer Tat – den 18. März 1669 – in den von ihnen be-

nutzten Hammer. Das corpus delicti ist erhalten und im Museum ausgestellt, nebst dem Beschwerdebrief der Jüdischen Gemeinde an den Großen Kurfürsten. Der preußische Landesherr gibt der Gemeinde Recht und verurteilt die Stadt zu Schadenersatz.

Als Finanzberater an den Fürstenhöfen von Preußen, Dresden und Hannover bringt es Rabbinersohn Lehmann zu Ansehen und Reichtum. Gleichzeitig wird er für Juden und Christen zu einem der bedeutendsten Mäzene seiner Heimatstadt – bekannt auch weit über die Stadtgrenzen hinaus. So lässt er den Talmud drucken und kostenlos an jüdische Gemeinden in ganz Deutschland verteilen. Unter den Halberstädter Ausstellungsstücken sind die erhaltenen Talmud-Bände ein besonderes Kleinod.

Als Lehmann 1730 stirbt, ist die Jüdische Gemeinde seiner Heimatstadt mit 192 Familien – das sind etwa 1000 Personen – größer als die in Berlin. Doch anders als ihr Wohltäter sind die meisten Juden arme Leute. Oftmals sind sie sogar so mittellos, dass Lehmann das Geld für die Schutzbriefe übernehmen muss. Ihre Wohnungen haben sie im Schatten des gotischen Doms in der Halberstädter Unterstadt.

Gerade dieses Armenquartier hat Krieg, Zerstörung und die Kahlschlagspolitik der DDR-Oberen einigermaßen überstanden. Zwar wurde das Wohnhaus Berend Lehmanns 1985 abgerissen – nur das Portal und ein Foto sind noch vorhanden; die prächtige Barocksynagoge war schon in der Nazi-Zeit geschleift worden. Dennoch ist im ehemals jüdischen Quartier noch so viel Authentisches erhalten und restauriert, dass hier deutsch-jüdische Geschichte eindrucksvoll erwandert und besichtigt werden kann.

In der von Berend Lehmann gestifteten Klausssynagoge hält heute die Moses Mendelssohn Akademie Seminare und Vortragsveranstaltungen ab. Das Jüdische Museum hat seinen Sitz im ehemaligen rituellen Frauenbad, der Mikwe. Im Hof davor stehen Reste der zerstörten Synagoge. Von den beiden nahe gelegenen Friedhöfen hat einer den Nationalsozialismus unversehrt überstanden.

Schon zu DDR-Zeiten hatten sich Halberstädter Bürger um das jüdische Erbe ihrer Stadt gekümmert, hatten mit Emigranten wie dem letzten Rabbiner Hirsch Benjamin Auerbach korrespondiert und die Friedhöfe gepflegt. Nach der Wende bemühten sie sich um eine den historischen Stätten angemessene Nutzung, nachdem Friedhof, Synagoge und Mikwe an die Jewish Claims Conference (JCC) zurückgegeben worden waren.

Es gelang ihnen, Raphael Nussbaum, einen ehemaligen Halberstädter, als finanziellen Mitstreiter zu gewinnen. Gebäude und Grundstücke wurden der JCC abgekauft und in eine Stiftung eingebracht. Für die Restaurierung der Gebäude gab es öffentliche Fördermittel. Als Gründungsdirektor gewannen Stadtver-

waltung und Stifter Julius Schoeps, der in Potsdam an der Universität Neuere Geschichte unterrichtet und dort auch das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien leitet. Der Historiker hatte in den neunziger Jahren bereits das Jüdische Museum in Wien konzipiert.

Mit einer Vortragsreihe über deutsch-jüdische Geschichte wurde 1995 die Halberstädter Moses Mendelssohn Akademie eröffnet. Im September 2001 folgte – als eine Art Zweigstelle – das Berend Lehmann Museum. Inzwischen gehören das Fachwerkhaus an der Judestraße und die nahe gelegene Akademie zu den meistfrequentierten Attraktionen der Harzstadt. Vor allem Schulklassen aus der näheren und weiteren Umgebung machen von dem Angebot regen Gebrauch – kein geringer Erfolg in einem Land, das immer wieder durch kahlköpfige Schläger und rechtsextreme Wähler von sich reden macht. Halberstadt sei ein Hoffnungspunkt gegen die Gewalt von rechts, lobte denn auch vor vier Jahren der damalige Ministerpräsident Reinhard Höppner.

Dennoch führen die politisch Verantwortlichen in Halberstadt und Magdeburg ihre Mittel in den letzten Jahren kontinuierlich herunter. Haben Stadt und Land 1999 noch 92.500 Euro beigetragen, so waren es ein Jahr später nur noch 76.250 Euro. Für April 2002 bis Ende März 2004 stellt das Kultusministerium 110.000 Euro in Aussicht – zweckgebunden an ein Projekt über Tagebücher von Holocaustüberlebenden. Woher aber die Kosten für den regulären Betrieb kommen sollen, ist unklar. Sie zu gewährleisten, sei Sache der Stiftung, argumentiert das Magdeburger Kultusministerium. In der Praxis hieße das, Museum und Akademie müssten ihre Kosten selbst einspielen. Für Gründungsdirektor Schoeps eine absurde Idee: „Sollen Schüler künftig 25 Euro Eintritt zahlen?“

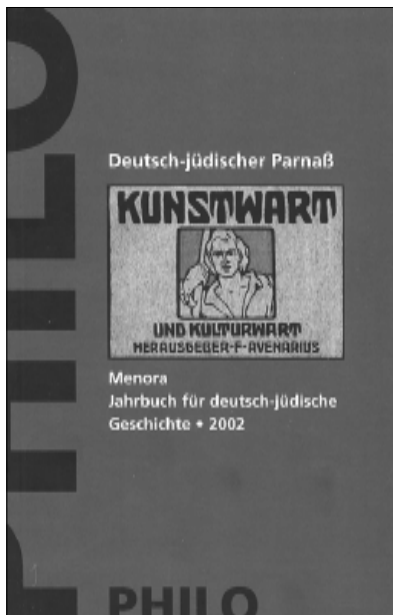
Dass die Forschungs- und Gedenkstätten überhaupt so lange ohne gesicherte finanzielle Grundlage über die Runden kamen, verdanken sie Manfred Wolff. Der Vermögensverwalter des inzwischen verstorbenen Raphael Nussbaum war immer wieder eingesprungen, wenn das Geld knapp wurde. Inzwischen jedoch fühlt Wolff sich ausgenutzt. Statt ein eigenes Konzept zu entwickeln, um Museum und Akademie dauerhaft zu sichern, hätten Stadt und Land sich immer nur auf ihn verlassen, sagt er enttäuscht. „Wenn die gar nichts tun wollen, dann kann es ihnen auch nicht so viel wert sein.“

Karen Andresen

Der Artikel erschien im SPIEGEL ONLINE 2002 (<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,222149,00.html>). Der Nachdruck an dieser Stelle erfolgt mit der freundlichen Genehmigung der Redaktion SPIEGEL ONLINE.

„Deutsch-jüdischer Parnaß“ – Rekonstruktion einer Debatte

Unter dem Titel „*Deutsch-jüdischer Parnaß*“ erschien 1912 in der Zeitschrift *Kunstwart* ein Aufsatz, der seinen Autor Moritz Goldstein in seiner Zeit und für die Nachwelt berühmt gemacht hat. Mit seiner Analyse der Stellung der Juden in der deutschen Kultur hatte Goldstein eine Frage aufgeworfen und eine öffentliche Diskussion angeregt, die von historischer Bedeutung ist. Das Programm einer nationalen jüdischen Kultur in Deutschland wurde als revisionsbedürftig dargestellt, Goldstein wollte eine Alternative sowohl zur Assimilation als auch zum engeren Kulturbegriff des Zionismus bieten. In der im Oktober 2002 herausgegebenen neuesten Ausgabe der *MENORA*, dem Jahrbuch des MMZ für deutsch-jüdische Geschichte, werden wesentliche Teile der historischen Debatte, die nicht nur in *Kunstwart* und *Janus*, sondern auch in jüdischen Zeitschriften wie *Ost und West*, *Jüdische Rundschau* oder *Allgemeine Zeitung*



des *Judentums* geführt wurde, dokumentiert. An der Debatte um den „Kulturkonflikt“ waren prominente Vertreter des Zionismus (Kurt Blumenfeld, Ludwig Strauß), Repräsentanten der bewusst deutschen Juden (Ludwig Geiger) und offene Antisemiten wie Theodor Fritsch beteiligt. Im Zentrum der *MENORA*-Kommentare zur Rekonstruktion der *Kunstwart*-Debatte und ihrer Wirkungsgeschichte stehen biographische Erkundigungen (Elisabeth Albanis und Joachim Schlör), Europa-Bilder (Manfred Voigts), Ortsbestimmungen einer deutsch-jüdischen Literatur (Andreas Kilcher) sowie Briefdokumente eines jüdisch-christlichen Streitgesprächs am Vorabend der Katastrophe (Julius H. Schoeps). *MENORA 2002* ist unter der ISBN 3-8257-0312-6 erhältlich und kostet Euro 19,80.

Willi Jasper

Tagung über den „Einstein des Sex“

Der Sexualreformer Magnus Hirschfeld (1868–1935) – Eine deutsch-jüdische Biographie im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, 11.–13. Mai 2003 in Potsdam. Die Tagung wird sich dem Leben und Werk des Sexualwissenschaftlers widmen und dabei auch einen Bogen der Wirkungsgeschichte Hirschfelds von seinen Lebzeiten bis in unsere Tage hinein spannen. Während Hirschfelds Studien zur Sexualwissenschaft in den Nachkriegsjahren kaum Berücksichtigung fanden, provozieren seine Schriften seit Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts durchaus kontroverse Debatten. Mit der Neuauflage seiner 1914 veröffentlichten Schrift „Die Homosexualität des Mannes und des Weibes“ 1984 trat Hirschfelds „Zwischenstufen-Theorie“ ins Blickfeld der Genderforschung. In der Geschichtswissenschaft findet Hirschfeld sowohl im Bereich der deutsch-jüdischen Beziehungsgeschichte, der Sozialgeschichte als auch in den Studien zur Nationalsozialistischen Eugenik zunehmend Beachtung.

Red.

Frieden für Israel

Der Nahostkonflikt – eine Geschichte ohne Ende? Viele Medienberichte beschränken sich mittlerweile auf die visuelle Präsentation des jüngsten Grauens – sei es die Explosion eines weiteren Linienbusses in Tel Aviv oder der Tod unbeteiligter Flüchtlingskinder in Nablus. Gregory G. Baum, Christoph Münz und Hubert Frankemölle, die Autoren einer jüngst im Bonifatius Verlag erschienen Publikation mit dem visionären Titel „Frieden für Israel“, gehen tiefer in die Materie. Auf eine weitschweifige Darstellung der Konfliktlagen wird verzichtet, vielmehr kommen 14 unabhängige israelische Friedensgruppen mit unkonventionellen Strategien zu Wort. Egal ob die „Rabbis for Human Rights“, „Gush Shalom“ (der Friedensblock) oder das „Israel/Palestine Center for Research and Information“ – all diese Initiativen eint der Wille, nicht erst auf eine „von oben verordnete“ Versöhnung zu warten. Ein lesenswertes Buch über mutige Menschen, die sich beharrlich um Deeskalation bemühen. Gregory Baum/Hubert Frankemölle/Christoph Münz (Hrsg.), *Frieden für Israel*, Paderborn 2002, Euro 15, 40, ISBN 3-89710-228-5

Olaf Glöckner

FrauenKZ Ravensbrück: Überlebende im Interview

Die wissenschaftliche Geschichtsforschung widmet sich erst seit den letzten Jahrzehnten verstärkt den Zeitzeugen als historische Quelle. Um den Umgang mit der ‚oral history‘ ganz praktisch schon in der wissenschaftlichen Ausbildung zu erfahren, initiierten die Studentinnen des Studiengangs „Jüdische Studien“ an der Universität Potsdam Ulrike Schneider, Anja Kurths und Helen Thein im Sommer 2002 ein Seminar, in dessen Folge sechs Videointerviews mit Überlebenden des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück entstanden. Wissenschaftlich begleitet wurden sie dabei maßgeblich von der Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück Prof. Dr. S. Jacobeit.

Die Studenten beschäftigten sich eingehend mit der Geschichte, sowie den Strukturen und den Funktionsweisen des Konzentrationslagers im allgemeinen und mit den verschiedenen Opfergruppen im speziellen. Die Erstellung der Fragekataloge, die Interview- und Kameraführung, der Schnitt, die Tonbearbeitung und die Transkription der Interviews wurden von den Studenten selbstständig geleistet. Die fertigen Filme mit einer durchschnittlichen Länge von 45 Minuten werden im Archiv der Erinnerung in der Mahn- und Gedenkstätte aufbewahrt und für museale und wissenschaftliche Zwecke eingesetzt. Weiterhin ist geplant, mit den Interviews im Geschichts- und Politikunterricht an Schulen und Universitäten zu arbeiten.

Die Realisierung des Projektes war aufgrund der schlechten finanziellen Situation an der Universität Potsdam nur durch Unterstützung des Moses Mendelssohn Zentrums, der Shoah Foundation und der Fachschaftsrate Germanistik, Religionswissenschaft und Jüdische Studien der Universität Potsdam möglich.

In der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung in Potsdam werden drei der entstandenen Interviewfilme in der Reihe „FrauenKZ Ravensbrück: Überlebende im Interview“ erstmalig der Öffentlichkeit gezeigt. Die Interviews konzentrieren sich auf die Geschehnisse im Konzentrationslager. Am Schicksal der Zeitzeuginnen orientiert, werden in den Veranstaltungen verschiedenen Aspekte der sozialen Struktur im Frauenkonzentrationslager beleuchtet. Die Abende werden eingeleitet und moderiert von den Initiatorinnen des Projektes. Die Filme werden von den Interviewern gemeinsam mit den Zeitzeuginnen vorgestellt.

Die Veranstaltungen finden am 14.01., am 11.02. und am 11.03.2003 jeweils um 18.00 Uhr in der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam statt.

Helen Thein

Internationale Tagung „Israel und die EU“

Die Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltete am 24. und 25. November 2002 in Tel Aviv eine internationale Konferenz mit dem Titel „Europe-Israel: A Troubled Relationship“, an der der Direktor des MMZ, Professor Julius H. Schoeps, als Redner geladen war. Professor Schoeps sprach über die Auswirkungen des Nahost-Konflikts auf den Antisemitismus in Europa („DIALOG“ druckt Passagen des Textes auf den Seiten 1 und 2 dieser Ausgabe ab). Im Mittelpunkt der Konferenz standen Fragen zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Israel und Europa angesichts des Konflikts im Nahen Osten. Am Beispiel von Deutschland und Frankreich und deren Umgang mit den israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen wurden diese Aspekte vertiefend behandelt.

An der Konferenz, die in Kooperation mit der Universität Tel-Aviv organisiert wurde, nahmen unter anderem der ehemalige israelische Ministerpräsident und frühere Außenminister Shimon Peres, der Botschafter der Europäischen Union in Israel, Giancarlo Chevillard, und weitere diplomatische Vertreter der Europäischen Union teil.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Moses Mendelssohn Zentrum
für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8
D – 14467 Potsdam

Telefon: 0331-280940, Fax: 2809450
Internet: www.mmmz-potsdam.de
e-mail: moses@mmmz.uni-potsdam.de

Moses Mendelssohn Akademie
PF 1420, 38804 Halberstadt
Rosenwinkel 18

D – 38805 Halberstadt
Telefon: 03941-606710, Fax: -606713
e-mail: mma-halberstadt@t-online.de

Redaktion:

René Schreiter

Dialog erscheint vierteljährlich

Verlag:

Union Aktuell GmbH
Ludwig-Erhard-Straße 7
D – 91052 Erlangen

Bankverbindung: Dresdner Bank
BLZ: 160 800 00
Konto-Nr.: 4200 7575 00

Eva-Maria Ziege, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kulturwissenschaftlichen Seminar der Humboldt-Universität, publizierte in der UVK Verlagsgesellschaft ihre an der Universität Potsdam entstandene Dissertationsarbeit mit dem Titel „Mythische Kohärenz. Diskurs-



ISBN 3-89669-767-6

analyse des völkischen Antisemitismus“. Mit dem Instrumentarium der Diskursanalyse beschreibt die Autorin den Antisemitismus im völkischen Diskurs, um die ihm inhärente Radikalisierungsdynamik freizulegen. Die Studie zeichnet die Entwicklung der Bewegung, die sich nach 1918 zu einer antiliberalen Sammlungsbewegung ausweitete, bis sie von den Nationalsozialisten seit 1930 absorbiert und 1936/37 „gleichgeschaltet“ wurde. Eingearbeitet in diesen Rahmen sind materiale Textanalysen, die das polyseme Schwanken zwischen stetig wechselnden, ja paradoxen diskursiven Positionen von mythischer Kohärenz und somit die inneren Widersprüche zeigen, aus denen eine strukturelle Radikalisierung des Antisemitismus entstand. Antisemitismus wurde bisher vor allem als männerspezifisches Syndrom dargestellt. Die Studie zeigt jedoch, wie Gegendiskurse von Textproduzentinnen entstanden, die die Radikalisierung frauenspezifisch vorantrieben. Das Buch kostet Euro 29,00.

Die Botschaft des Staates Israel informiert

8. Diplomatisches Seminar für Jüdische Nachwuchs-Führungskräfte 23. März bis 4. April 2003 von Bayit Meshutaf, Seminar für jüdische Nachwuchs-Führungskräfte, Außenministerium, Jerusalem, Israel.

Das diplomatische Seminar für jüdische Nachwuchs-Führungskräfte ist ein einzigartiges Programm, das vom israelischen Außenministerium organisiert wird. Das Seminar wird jährlich zweimal veranstaltet. Eines steht Teilnehmern aus der ganzen Welt offen, das zweite ist geographisch bestimmt und beschränkt sich auf ein spezifisches Gebiet.

Das nächste Seminar ist vom **23. März bis 4. April 2003** geplant. Nur Teilnehmer aus west- und mitteleuropäischen Ländern werden zugelassen.

Die Themen sind vielseitig gestaltet und sollen hauptsächlich die Beziehungen zwischen Nachwuchs-Führungskräften und dem Staat Israel vertiefen. Das Seminar bietet einen tiefen Einblick in die zahlreichen Gesichtspunkte des israelischen Tagesablaufs, darunter die nationale Sicherheit, Ökonomie, Kultur und Gesellschaft, jüdisches Leben in Israel, Beziehungen zwischen Israel und Diaspora und andere zentrale Themen.

Anmeldeformulare können Sie von unserer Homepage herunterladen oder bei der Botschaft des Staates Israel in Berlin anfordern. Die Anmeldeunterlagen müssen bis zum **15. Januar 2003** spätestens in der Botschaft des Staates Israel in Berlin oder im Ausenministerium in Israel abgegeben werden.

Das Seminar wird in englischer Sprache abgehalten. Die Kenntnis des Englischen ist daher Voraussetzung zur Teilnahme. Teilnehmen können Universitätsabsolventen bis 35 Jahre.

Das diplomatische Seminar für jüdische Nachwuchs-Führungskräfte wird vollständig vom israelischen Ausenministerium gesponsert. Die Kosten für Unterkunft, Exkursionen und andere Ausgaben werden übernommen. Die Teilnehmer müssen lediglich für die Flugkosten nach Israel und zurück aufkommen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

Botschaft des Staates Israel

Auguste-Viktoria-Str. 74–76, 14193 Berlin
Tel.: 030 - 890 45 420

Fax: 030 - 890 45 409

Homepage: www.israel.de

e-Mail: pub-assis@berlin.mfa.gov.il

Die Stadt Potsdam hat das Jahr 2003 zum Jahr der Wissenschaft erklärt. Von Januar bis Dezember stehen eine Vielzahl von Veranstaltungen im Zeichen des „Wissenschaftsstandorts Potsdam“. Auch das Moses Mendelssohn Zentrum wird sich mit diversen Veranstaltungen an diesem Großevent beteiligen. Im April/Mai wird es einen Tag der offenen Tür geben, an dem die Mitarbeiter der geisteswissenschaftlichen Zentren am Neuen Markt der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen und ihre Archive und Bibliotheken öffnen.

Weitere Informationen zum „Jahr der Wissenschaft“ über Stadtverwaltung Potsdam, Fachbereich Wirtschaft, Marketing und Kommunikation, Dr. Sigrid Sommer oder Henning Krentz (e-mail: Henning.Krentz@Rathaus.potsdam.de)